

## LEITARTIKEL



Große Koalition

## Schon bald beginnt die Entfremdung

■ Von Hagen Strauß

Für ihr intensives Ringen um Ergebnisse sollte man die Große Koalition nicht automatisch kritisieren. Zum Teil lassen sich die Projekte, die sie noch auf der Agenda hat, eben nicht so schnell lösen. Siehe Rente. Schon gar nicht, wenn Finanzminister Wolfgang Schäuble fehlt.

Es sind komplizierte und teure Vorhaben, deren Umsetzung daher nur in einem langwierigen Prozess gelingen kann. Und das, was möglich war, hat die Koalition gestern bei ihrem Spitzentreffen auf den Weg gebracht. Der Koalitionsvertrag wird abgearbeitet, wie bei der Lohnungleichheit von Frauen und Männern. Immerhin das.

Neue, zukunftsorientierte Reformvorhaben stehen nicht mehr auf dem Programm des Bündnisses. Was daran liegt, dass beide Parteien ihren politischen Schwerpunkt langsam aber sicher verschieben – ihr Handeln orientiert sich immer stärker an der Bundestagswahl in einem Jahr. Da bleibt wenig Platz für neue Gemeinsamkeiten.

In nächster Zeit werden deshalb drei wichtige Wegmarken die Zusammenarbeit der Großen Koalition bestimmen. In Berlin geht man davon aus, dass ein Kandidat für die Nachfolge von Bundespräsident Joachim Gauck innerhalb der kommenden Wochen gefunden sein wird. Die Zeichen stehen diesbezüglich ein letztes Mal zwischen Union und SPD aufeinander. Das darf man nicht falsch interpretieren. Das hat nur wenig mit Lust auf eine neue Große Koalition zu tun. Vielmehr verbirgt sich dahinter die Erkenntnis, dass das

Land gespalten ist wie selten, und Parteienganz um das höchste Staatsamt diese Kluft womöglich noch vertiefen könnte. Also sucht man in dieser Personalfrage derzeit den Konsens. Und das ist in der jetzigen Situation auch richtig so.

Nach der Kandidatenkür wird die Entfremdung aber vorangetrieben werden. Anfang November findet der Parteitag der CDU statt, auf dem die Christsozialen mit Macht ihr Alleinstellungsmerkmal als einzige Regionalpartei mit bundespolitischem Anspruch zur Schau stellen werden. Gegen Angela Merkel, gegen die SPD, vor allem aber gegen die AfD und für ihre Stammwählerschaft.

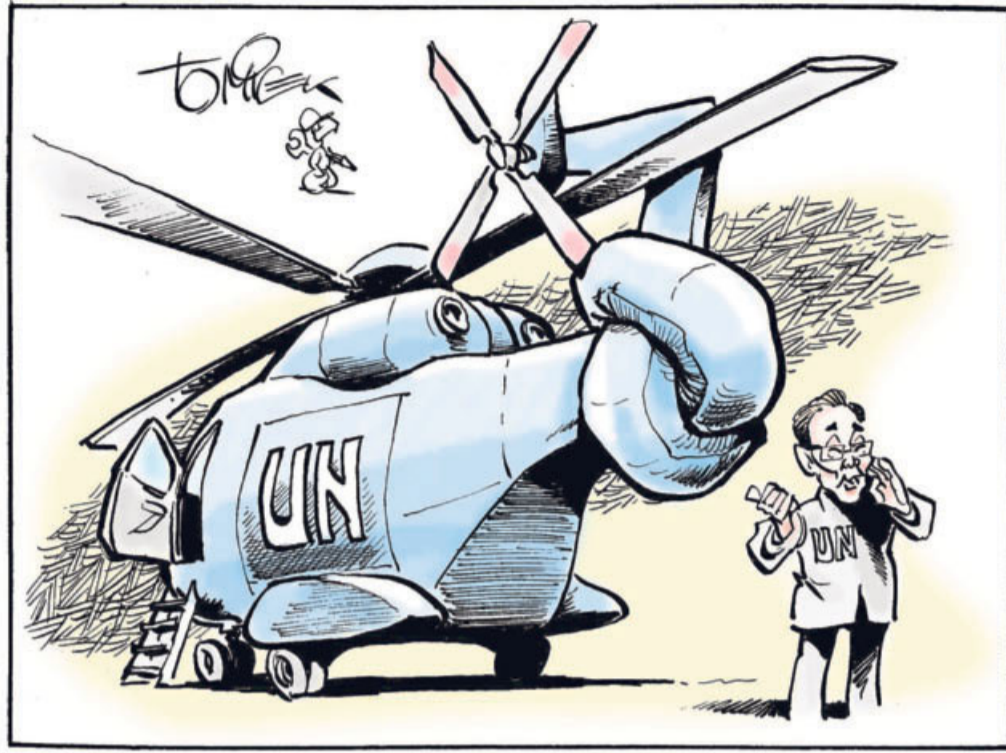
**Bald beginnt der Bundestagswahlkampf auch am Kabinettschisch.**

Im Dezember folgt dann der CDU-Parteitag, auf dem Merkel wieder zur Bundesvorsitzenden gewählt werden will. Dort dürfte sie auch ihre Kanzlerkandidatur verkünden. Danach wird der Druck auf die SPD so groß sein, dass sie die Benennung ihres Anwerbers auf das Kanzleramt kaum länger hinauszögern kann. Und es wird aller Voraussicht nach Parteichef Sigmar Gabriel werden, Vizekanzler und Wirtschaftsminister. Spätestens dann beginnt der Bundestagswahlkampf endgültig. Auch am Kabinettschisch.

Das ist die Gemengelage, die sich abzeichnet. Für die Umsetzung von Inhalten gibt es also bald kaum mehr Spielraum.

Insofern kann man froh sein über alles, was die Koalition jetzt noch abgeräumt und auf den Weg gebracht hat.

»Der Schlüssel steckt, Mr. Guterres...«



Karikatur: Tomicek

## Polit-Profis Guterres statt Frau aus dem Osten

### Nominierung als UN-Generalsekretär weithin begrüßt

New York (dpa). Seltenen Einigkeit im Sicherheitsrat: Gemeinsam präsentieren die 15 Mitglieder ihren Kandidaten für die Nachfolge von UN-Chef Ban – den Portugiesen António Guterres. Er stammt nicht aus Osteuropa und ist keine Frau, dafür aber ein Hoffnungsschimmer in der Flüchtlingskrise.

Auf Portugiesisch, Englisch, Französisch und Spanisch bedankte sich António Guterres für seine Nominierung zum nächsten UN-Generalsekretär und demonstrierte damit auch gleich eindrucksvoll eine seiner herausragenden Qualifikationen. Der Portugiese gilt als effizienter Anpacker, der in vielen Sprachen Klartext reden kann. Mit »Demut und Dankbarkeit« habe er seine Nominierung zur Kenntnis genommen, sagte er am Abend in Lissabon.

Von Januar an soll der frühere sozialistische Premierminister seines Landes und ehemalige UN-Hochkommissar für Flüchtlinge an die Spitze der Weltorganisation rücken. Mit der Nominierung des 67-jährigen praktizierenden Katholiken setzen die mächtigsten Mitglieder der Vereinten Nationen klare Zeichen: Der Sicherheitsrat vertraut den wichtigsten UN-Posten einem Politprofi an. Die UN-Vollversammlung könnte nun schon kommende Woche über den Nachfolger von Ban Ki Moon entscheiden. Blockiert hat das 193 Mitgliedstaaten zählende UN-Pleum eine solche Personalie in sei-

ner 70-jährigen Geschichte nie.

Der scheidende UN-Generalsekretär Ban Ki Moon begrüßte gestern die Nominierung. »Ich kenne Herrn Guterres sehr gut und halte ihn für eine hervorragende Wahl«, sagte Ban. Portugal nahm die Nachricht begeistert auf. »António Guterres war und ist ganz klar der beste Kandidat für den Posten – auch wegen seiner Erfahrungen bei den UN«, sagte Präsident Marcelo Rebelo de Sousa. Zehn Jahre lang war Guterres bis 2015 Flüchtlingskommissar. Er bekam für seine Arbeit viel Lob.

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch lobte Guterres als »direkten und effektiven Fürsprecher für Flüchtlinge«. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini bezeichnete ihn als »einen Mann mit Vision, Herz und Taten«, unter dessen Ägide die

Zusammenarbeit zwischen EU und UN »noch stärker« werden dürfte. Der Bielefelder Europaabgeordnete Elmar Brok (CDU), der Guterres lange kennt, begrüßte die Nominierung. »Antonio Guterres ist in der Lage, Brücken zu bauen«, sagte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Europaparlament.

Enttäuscht wurden die vielen Fürsprecher einer Lösung, mit der erstmals in der UN-Geschichte eine Frau den Spitzenposten besetzt hätte. Im Gespräch waren die Bulgarin Kristalina Georgiewa, Vize-Präsidentin der EU-Kommission, sowie die Unesco-Chefin Irina Bokowa, ebenfalls Bulgarin. Nach den ungeschriebenen Verteilungsprinzipien der UN wäre eigentlich ein Kandidat oder eine Kandidatin aus Osteuropa an der Reihe gewesen.



Kennen und schätzen sich: António Guterres (links), die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini und der Bielefelder EU-Außenpolitiker Elmar Brok (CDU). Foto: The European Union

## Wie Macht vererbt wird

### Verwandtschaft und Politik: Forscher aus ganz Europa tagen im ZiF der Uni Bielefeld

**Bielefeld** (WB/as). Politische Dynastien wie die Bushs und Clintons in den USA sind bei uns undenkbar. Überhaupt sind vererbte oder verwandtschaftlich weitergegebene Spitzenämter in westlichen Demokratien eher selten, weil sie als verpönt gelten.

Mit dem Verhältnis zwischen Verwandtschaft und Politik befassen sich 25 Wissenschaftler aus ganz Europa, die sich heute im Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF) der Universität Bielefeld treffen. Nach der Eröffnungstagung gehen die Forscher bis Ende Juli 2017 der Frage nach, ob die Trennung von persönlicher Nähe und politischer Ordnung tatsäch-

lich so klar ist, wie gemeinhin angenommen wird.

Dafür blicken die Ethnologen und Historiker weit zurück in die Geschichte und wollen auch herausfinden, wie in den vergangenen Jahrhunderten über die Bezie-

hung von Verwandtschaft und Politik gedacht wurde.

»Wenn man so will, problematisieren wir das Bild von der Familie als Keimzelle der Gesellschaft«, sagt Professorin Erdmute Alber von der Uni Bayreuth, die das Forschungsprojekt gemeinsam mit Simon Teuscher (Zürich), David Warren Sabean (Los Angeles) und Tatjana Thelen (Wien) leitet.

Unter Einfluss von Verwandtschaft auf politische Entscheidungen verstehen die Forscher nicht unbedingt direkte familiäre Verbindungen. Auch privat gebildetes Vermögen und der politische Umgang mit Erben gehört zu den Inhalten. »Die Rentendebatte und

## PRESSESTIMMEN

LA VANGUARDIA

Zum Parteitag der britischen Konservativen schreibt die spanische Zeitung »Vanguardia«: »Der Tory-Parteitag kommt einem vor wie eine Folterkammer in den alten Gebäuden des KGB in Moskau oder der Gestapo in Berlin vor. Damit sind nicht einmal so sehr die Reden der politischen Führer gemeint, die mit der Inbrunst von Predigern sprachen und die EU als Satan der Politik anprangerten, sondern vor allem die Workshops zu speziellen Themen. Sie wurden von Fremdenfeindlichkeit, Ablehnung der Einwanderer, der Nostalgie nach dem alten Weltreich und reaktionären Ideen geprägt.«

TagesAnzeiger

Zur Brexit-Politik von Premierministerin Theresa May heißt es im Zürcher »Tages-Anzeiger«: »Das Vabanquespiel der Briten scheint kein Ende zu nehmen. Theresa May riskiert mit der kühnen Wette auf ein Einlenken der EU ein weiterhin enges Verhältnis ihres Landes zu Europa. Auch sie könnte, wie Cameron, falsch gewettet haben. Dann wäre Großbritannien bald auf sich allein gestellt. Klar möchte sich May die Möglichkeit eines freien britischen Zugangs zum EU-Binnenmarkt post Brexit gern erhalten. Aber ihr ist eine Beschränkung der Zuwanderung wichtiger ist als jegliche Handelsvereinbarung.«

FT FINANCIAL TIMES

Die Londoner »Financial Times« kommentiert die von Theresa May vorgestellte Wirtschaftspolitik: »Mays Rezept besteht in einer selektiven Einflussnahme des Staates zur Korrektur von Fehlentwicklungen mit dem Ziel, eine stärker leistungsorientierte Gesellschaft zu schaffen. Doch May sollte nicht vergessen, dass Großbritanniens Wirtschaft schneller gewachsen ist als in Europa. Obwohl die Produktivität anhaltend schwach geblieben ist, wurden seit 2010 mehr als zwei Millionen neue Jobs geschaffen. Die Intervention durch den Staat ist kein Allheilmittel.«

HOSPODÁRSKÉ NOVINY

Die Zeitung »Hospodarske noviny« aus Tschechien schreibt: »Ausländische Ärzte dürfen so lange in Großbritannien bleiben, bis das Land eine ausreichende Anzahl eigener Mediziner ausgebildet hat. Diese Äußerung kam aus dem Mund der Premierministerin. Am schlimmsten ist, dass May in ihrer Abschlusrede vor dem Tory-Parteitag irgendwie »vergaß«, die jüngste Welle widerlicher verbaler und körperlicher Gewalt gegen Ausländer zu erwähnen. Die Konservativen haben Ausländern in Großbritannien ein sehr unschönes Gesicht gezeigt.«

## KOMMENTARE

Frontex

## Grenzen dicht

Europa schlägt ein neues Kapitel auf. 31 Jahre nach dem Schengener Abkommen, das den Bürgern die Reisefreiheit und der Union gemeinsame Außengrenzen gab, werden nun EU-Experten die Aufsicht an den offiziellen und grünen Übergängen zur Gemeinschaft übernehmen. Mit umstrittenen, aber notwendigen Kompetenzen.

Denn Europa trägt zwar keine Verantwortung für den Flüchtlingsstrom der vergangenen Jahre, wohl aber für dessen miserable Handhabung. Dass die Staats- und Regierungschefs die Entsendung des neuen Grenz-

und Küstenschutzes auch gegen den Willen eines Landes abwehren, ist verständlich. Der Eingriff in die Hoheit der einzelnen Staaten wäre zu groß gewesen.

Auch der Kompromiss hat es in sich: Frontex steigt zu einer der mächtigsten EU-Behörden auf. Sollte Griechenland seine bisher schon laxen Einreise-Kontrollen beibehalten, wird das Land wohl demnächst aus dem Schengensystem fliegen. Und wer – wie Deutschland – Abschiebungen verschleppt und hinauszögert, muss mit einem Einschieben der neuen Frontex-Spezialisten rechnen. Detlef Drewe

Westfälischer Friedenspreis

## 1648 und heute

Es ist zum Verzweifeln! Da wird verhandelt und verhandelt, und dann hält der Waffenstillstand für Aleppo kaum mehr als ein paar Tage. Die Nahost-Region ist ein Pulverfass. Von Zeit zu Zeit explodiert es – gestern in Gaza, derzeit in Syrien und Irak. So verzweifelt wie in Nahost war die Lage Ende des Dreißigjährigen Krieges in Mitteleuropa. Auch damals litt vor allem die Zivilbevölkerung. Aber Fanatiker und machtbewusste Staatschefs machten einfach weiter.

In Erinnerung daran, dass die Verhandlungen 1648 schließlich doch erfolgreich waren, ehrt der Westfälische Friedenspreis dies-

mal einen Monarchen, der Israel und Palästina das Existenzrecht zuerkennt. Jeder weiß, dass es nur so geht. Aber wenige in der Region sprechen es mutig aus.

Nebenbei beschämt der jordanische König alle, die in Europa möglichst noch die letzte Tür vor den Flüchtlingen verschließen wollen. Wieviel humaner agiert hier Jordanien! Obwohl wesentlich ärmer und nicht gerade frei von ethnischen und religiösen Gegensätzen, lässt die Regierung weit mehr als eine Million Flüchtlinge ins Land – bei einer Bevölkerung von 9,5 Millionen. Einfach, weil es die Humanität verlangt. Bernhard Hertlein



Simon Teuscher



Erdmute Alber